

u. Vollmar

und die

A26711

Sozialdemokratie.

Gegen das

Vollmarthum

in der

sozialdemokratischen Partei.

Von Paul Kampffmeyer.

PV 9261

Preis 10 Pfennige.

Verlag von W. Werner, Berlin S., Alte Jakobstr. 91.

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Partei Vorstand
Bibliothek

117097

„Der Sozialist“

Organ der unabhängigen Sozialisten.

Erscheint wöchentlich einmal zum Preise von 40 Pfennig pro Monat. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste unter Nr. 5943 a, II. Nachtrag 1892.

Der Herr von Vollmar.

Die lieben Sommermonate bringen der Sozialdemokratie seit einiger Zeit immer große Gewitter.

Der schöne blaue Himmel der Einigkeit bezieht sich dann auf einmal und dräuende Gewitter des Parteihaders fahren hernieder. Vor zwei Jahren (1890) schlug es zu Berlin, Dresden, Magdeburg kräftig in der Sozialdemokratie ein.

In diesen Städten hatte sich eine starke Opposition gegen die Parteileitung zusammengeballt.

Die „Jungen“ in den „Aniehbüschchen“ rückten den Alten hart auf den Leib. Doch sie erlagen bald den Streichen der übermächtigen „Alten“. Der Redaktionsstab zweier Zeitungen, der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ und der „Magdeburger Volksstimme“ blieb „auf der Strecke“. —

* * *

Im nächsten Jahre (1891) begann es im Monat Juni zu gewittern.

Herr von Vollmar hielt in München seine berühmte Rede. Er glaubte im allen Ernste „einen neuen Kurs“ in der Politik entdeckt zu haben. Er sprach sich darüber folgendermaßen aus:

„Was nun die Frage betrifft, ob wir einen „neuen Kurs“ haben oder nicht, so bin ich der Ansicht: daß trotz alles Schwankens und Zauderns und trotz einer großen Menge von Fehlern und Mängeln aller Art tatsächlich eine nicht unwesentliche Aenderung in der Regierungspolitik eingetreten ist.“

Er betonte dann, daß Bismarck die Verhältnisse „mit Absteht“ habe auf die Spitze treiben wollen. Seine Politik sei die Politik der Erstarrung, der eisernen Unbeweglichkeit

der öffentlichen Verhältnisse gewesen. Jetzt aber sah Herr v. Bollmar einen frisch-fröhlichen Ausgang nahen, der die Ströme des öffentlichen Lebens wieder frei machte. Neue Kräfte sah er sich regen, kurz er kam in eine wahre Frühlingsstimmung hinein, in der er fast jubelnd mit kindlicher Freude gesungen hätte: „Frühling, Frühling wird es nun bald.“ Und diese Hoffnungslosigkeit, diese Frühlingsstimmung deshalb, weil sich die Regierung auf die Bahn der Arbeiterschutzesgebung begeben und das Ausnahmegesetz aufgehoben hatte! Herr v. Bollmar wollte aus diesem Grunde die Taktik geändert wissen. Er gedachte zwar nicht die Grundsätze der sozialdemokratischen Bewegung aufzugeben, aber er wollte auch nicht die Waffen jener wirksamen Arbeiter-Realpolitik aus der Hand legen, denen nach seiner Meinung die Sozialdemokratie ihre Erfolge hauptsächlich verdankte. Er sagte:

„Daß von einer Aufgabe der Grundsätze unserer Bewegung keine Rede sein kann, ist selbstredend. Ebensovienig haben wir Veranlassung, unsere Waffen aus der Hand zu legen, denen wir am meisten verdanken, was wir bisher erreicht haben. Aber andererseits entspricht es dem Interesse der Arbeiterbewegung und des Gemeinwesens überhaupt und ist auch dem aller Utopie und Spekulation fernem, im besten Sinne realpolitischen Wesen unserer Partei nicht zuwider, wenn wir den Weg der Verhandlung betreten und suchen, auf Grundlage der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, Verbesserungen wirtschaftlicher und politischer Art herbeizuführen. Unsere Partei hat, nachdem sie sich anfänglich auf das Schrofste gegen jedes Parlamentiren erklärt hatte, diesen Weg widerwillig und unsicher betreten und angesichts seiner vielen Schwierigkeiten auf ihm oft wieder umkehren wollen. Jetzt, wo ihre Kraft und Geschicklichkeit gewachsen, und die Bedingungen günstigere sind, werden wir diesen Weg sicher und folgerichtig weiter zu gehen haben.“

Herr v. Bollmar empfahl dann der Sozialdemokratie ein wohl überdachtes kluges Vorgehen an. Unkenntnis und Vorurtheil machten heute nicht wenige „gute“ Menschen zu Gegnern unserer Bestrebungen, und hier könnte „nicht nur überzeugendes Lehren sondern noch mehr kluges Handeln“ der Sozialdemokratie „viel nutzen“. Dann hob Herr

v. Bollmar hervor, daß die sozialdemokratische Bewegung nun, da sie so große Dimensionen angenommen habe, mehr praktische Bahnen zu beschreiten habe. „Wir sollen“, so sagte er, „das Zukünftige im Auge behalten, aber darüber nicht das Gemeinnützige, Nächste, Dringendste vergessen. Diese Einzelheiten mögen vom Standpunkt einer hohen Weltanschauung klein und gering erscheinen; aber nur der Träumer und der Thor verkennen ihre Nothwendigkeit und Bedeutung.“ Herr v. Bollmar erkannte an, daß „der vorwärtsstürmende alles niederwerfende Gedanke sein Recht“ habe, und daß es nothwendig sei, eine Idee rein darzustellen, um eine Weltanschauung zu bilden, aber man müsse nüchtern praktisch vorgehen, um die „Fleischwerdung“ des Gedankens zu ermöglichen. Selbstbeschränkung und Selbstkritik sei häufig am Platze. „Im Allgemeinen“, sagte Herr v. Bollmar, „ist zu bemerken, daß der kritische Geist leicht in den Fehler der grundsätzlichen Verneinungsfucht, des leichtfertigen Absprechens über alle Dinge verfällt und meint, daß alles, was besteht, schon darum schlecht und zu bekämpfen sei, weil es besteht. Dieser Zustand ist ein unvermeidlicher Durchgangspunkt, eine Kinderkrankheit, die bei einer kleinen, beginnenden Bewegung wenig bedeutet. Eine große Partei aber, auf welche von allen Seiten das Licht fällt, muß Alles vermeiden, was ihr vor der öffentlichen Meinung, welche sie gewinnen will, mit Recht schaden kann.“

Herr v. Bollmar schweifte dann auf die äußere Politik ab und besprach die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum „Dreibund“. Er äußerte sich darüber folgendermaßen: „Sie kennen den vielbesprochenen Dreibund zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien. Derselbe wird meiner Meinung nach in einem Theile unserer Presse, abfällig besprochen, wohl hauptsächlich in der Annahme, daß alles von den Regierungen Kommende nothwendig schlecht und zu bekämpfen sein müsse. Es braucht nicht erst versichert zu werden, daß wir zur Diplomatie und ihren Werken wenig Zutrauen haben. Nichtsdestoweniger müssen wir für den Dreibund eintreten, weil seine Tendenz unzweifelhaft auf Erhaltung des Friedens gerichtet, und er deshalb etwas verhältnißmäßig Gutes ist. Die Chauvinisten in Frankreich und die Irre-

dentisten in Italien suchen freilich die Sache so, darzustellen, als ob der Friede nicht durch sie, sondern durch den Dreibund bedroht werde. Nun ist gewiß die heutige drohende Lage durch die Ereignisse von 1870/71, durch die verschärfte Spannung zwischen den beiden Nachbarvölkern, den Deutschen und den Franzosen, mit bedingt worden. Niemand bedauert das mehr, wie wir. Aber wie die Dinge heute einmal liegen, ist es eine Thatsache, daß nicht Deutschland und seine Verbündeten den Frieden bedrohen, sondern daß ihre Bestrebungen auf die Abwehr der von anderer Seite ausgehenden Friedensbedrohungen gerichtet sind. Wenn deshalb von auswärts her und zwar nicht nur von den dortigen herrschenden Parteien, sondern auch von radikaler und selbst sozialistischer Seite versucht wird, Agitationen gegen den Dreibund in Szene zu setzen, ja wenn man gar versucht, uns deutsche Sozialdemokraten dazu herbeizuziehen, — so müssen wir unsere Stimme zur Abwehr und Warnung erheben.“

Am Schlusse seiner Rede entwarf Herr v. Vollmar ein realpolitisches Aktionsprogramm der sozialdemokratischen Partei. Er sagte:

„Ich wiederhole: In dem Maße, in welchem wir einen unmittelbaren Einfluß auf den Gang der öffentlichen Angelegenheiten gewinnen, haben wir — unter voller Aufrechterhaltung unserer grundsätzlichen Bestrebungen — unsere Kraft auf die jeweils nächsten und dringendsten Dinge zu konzentriren und zeitweise positive Aktionsprogramme aufzustellen.“

Und nun stellte er fünf „mit allem Nachdruck anzustrebende Forderungen“ auf: 1. Die Weiterführung des Arbeiterschutzes. 2. Die Erringung eines wirklichen Vereinigungsrechtes. 3. Die Beseitigung der staatlichen Einmischung in die Lohnkämpfe der Arbeiter. 4. Eine Gesetzgebung über die industriellen Ringe! Herr v. Vollmar hob bei Besprechung dieses Punktes die systematische Ausplünderung hervor, welche die Ringe, den Arbeitern, dem „Publikum“ und dem „Staate“ gegenüber betrieben. „Was wollen“, so rief v. Vollmar aus, „aber die meist eingebildeten Folgen der nothwendigen Lohnkämpfe der Arbeiter bedeuten gegen die thatsächlichen Wirkungen der Ringe, welche planmäßig die Produktion einschränken, planmäßig eine Noth an Kohlen

und anderen Bedarfsgegenständen erzeugen — nicht etwa aus Noth*), sondern lediglich zur Erzielung vergrößerten Reichthums. Hierdurch bewirken die Ringe die denkbar ärgste Verschärfung und Zuspitzung der Classengegenstände und erweisen sich thatsächlich als gemeinschädlich, als eine Gefahr für Staat und Gesellschaft. Deshalb muß die Gesetzgebung alsbald gegen sie vorgehen.“ (Auch wie ist das vom revolutionären Standpunkt aus zu bedauern. 5. Beseitigung der Lebensmittelzölle. Mit diesem Punkt schloß v. Vollmar seine Rede. Er sagte:

„Ich will nur sagen, daß unser Kampf gegen dies System der künstlichen Lebensmittelvertheuerung niemals erlahmen darf. Gerade in diesem Augenblicke ist die Frage der Getreidezölle und der durch sie bewirkten ungeheuren Brodpreise in den Vordergrund gedrängt, und unsere Partei wird ihren ganzen Einfluß aufzubieten haben, um dem Schrei des bedrängten Volkes Befriedigung zu schaffen, den Einfluß der Agrarier zurückzudrängen und der Regierung begreiflich zu machen, daß nicht der Vortheil bevorrechteter Classen und Kreise, sondern das Wohl der Allgemeinheit das wahre Staatsinteresse ist!“ (Naid, sehr naiv.)

„Es wird sehr viel vom Vorgehen der Sozialdemokratie, von ihrer Kraft und Entschiedenheit, wie von ihrer geschickten, folgerichtigen Benützung der thatsächlichen Verhältnisse abhängen, daß dieser Gedanke in erster Reihe in der Arbeiterwelt, aber auch darüber hinaus bei den Einsichtigen in allen Schichten immer mehr Wurzel faßt und sich Geltung verschafft. Je friedlicher, geordneter, organischer diese Entwicklung vor sich geht, desto besser für uns und das Gemeinwesen!“

Dies war das „sozialdemokratische“ Aktionsprogramm des Herrn v. Vollmar.

Gegen den possibilistischen Geist der Vollmar'schen Rede erhoben sich in Berlin zuerst die Schuhmacher. Der Entrüstungssturm, von dem sie gepackt wurden, tobte sich in einer geharnischten Resolution gegen Vollmar aus. Diese sprach dem Abgeordneten Vollmar das Recht ab, noch

*) Sollte es Ringe „aus Noth“ geben?

fernerhin das internationale Proletariat zu vertreten. Sie ging aus der Mitte der Versammlung hervor und wurde ohne lange Diskussion angenommen. Ob dieser Resolution erhob nun die sozialdemokratische Presse ein wahres Wuthgeheul gegen die Berliner Schuhmacher und gegen den Referenten der Versammlung, Werner. Da sprach man von dem „sattfam bekannten Herrn Werner“ und „von naseweisen Parteigenossen“. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ schrieb unter anderem über die Schuhmacherversammlung:

„Wenn einige Personen in Berlin, die sich einbilden, allein das wahre Wesen des Sozialismus erkannt zu haben, bei Gelegenheit einer zufälligen Gewerkschaftsversammlung die obigen Anschauungen Vollmar's als „unsozialistische“ bezeichnen und sich dazu verstiegen haben, Vollmar das Recht abzuspochen, fernerhin die Interessen des Proletariats zu vertreten“, so haben diese Leute, unter denen der bekannte Werner die Hauptrolle spielt, bewiesen, wie leicht der eitle Scheinradikalismus der vollendeten Lächerlichkeit anheimfallen kann. Das Maß der Kinderei dieser Personen bleibt nicht hinter dem Maß der boshaften Hinterlist der Gegner zurück.“

Anstatt daß die Sozialdemokratie die Schuhmacher wegen ihres energischen Protestes gegen Vollmar lobte, klammerle sie sich pedantisch an die Form der Resolution. — Sie rüffelte die Schuhmacher wie Schulbuben. In allem Ernste behandelten einige sozialdemokratische Organe weitläufig die Frage, ob die Schuhmacher auch auf Grund des sozialdemokratischen Organisationsstatuts das Recht zur Abfassung einer derartigen Resolution gehabt hätten.

O, diese sozialdemokratischen Formenmenschen, die über lauter Formenfragen die Hauptsache ganz vergaßen! Sie alle hatten das Zeug zu höflichen Zeremonienmeistern.

* * *

Die Schuhmacher sollten nur allzu recht mit ihrem energischen Protest gegen Vollmar gehabt haben.

Was Herr v. Vollmar im Jahre 1891 begann, vollendete er im Jahre 1892. „Nichts halb zu thun, ist edler Geistesart“, sagte er sich und schrieb einen Artikel in der „Revue bleue“ über den „Staatssozialismus unter Bismarck und Wilhelm II.“

In diesem Blatte ließ sich Herr v. Vollmar über die Stellung der Sozialdemokratie zum Staatssozialismus folgendermaßen vernehmen:

Vollmar
in der „Revue bleue“:

„Folglich bin ich der Ansicht, daß die sozialistische Partei keinen Grund hat, mit ganz besonderer Erbitterung den Gedanken des Staatssozialismus selbst zu bekämpfen. Unsere Partei hat im Gegentheil eine ganze Reihe von Plänen dazu bestimmt, gradweise eine bessere gesellschaftliche Organisation vorzubereiten, verfochten und in ihr Programm aufgenommen, welche (die Reihe der Pläne) man wohl als eine Annäherung an den Staatssozialismus betrachten kann. Dies giebt die Erklärung dafür, daß wir uns in der endgiltigen Redaktion des neuen Programms auf dem Erfurter Kongreß im Jahre 1891 geweigert haben, einen uns vorgeschlagenen Artikel aufzunehmen, der sich gegen den Staatssozialismus richtete.“

Vollmar
in der „Münchener Post“:

In Wirklichkeit lautet der betreffende Absatz nach dem deutschen Original, im Zusammenhang folgendermaßen: „Deshalb bin ich auch der Meinung, daß die Sozialdemokratie keinerlei Grund hat, den Gedanken des Staatssozialismus an sich mit besonderem Eifer zu bekämpfen. Werden doch im Gegentheil eine Reihe von Maßnahmen zur stufenweisen Anbahnung einer besseren Gesellschaftsorganisation von uns angestrebt und schließlich mitbeschlossen werden, welche man ganz wohl als staatssozialistische bezeichnen kann. Diese Erwägung hat auch dazu mitgewirkt, daß bei Ausarbeitung des neuen Programms meiner Partei zu furt 1891 ein besonderer Satz gegen den Staatssozialismus welcher im Entwurfe enthalten war, weggelassen wurde.“

Aber hiermit nicht genug, bedauerte v. Vollmar am Schlusse eines Artikels aus tiefster Seele, daß der heutige Klassenstaat noch nicht begriffen habe, „welch nothwendiges Werkzeug für die Zivilisation der Sozialismus sei“. Ja, ja, das war wirklich zu thöricht vom Klassenstaate, daß er zivilisatorische Bedeutung seines Todfeindes nicht begriff!

Herr v. Bollmar schrieb also in der „Revue bleue“ (S. 792) am Schlusse seines Artikels:

„Man sieht, daß eine Regierung sehr stark und eine Bourgeoisie sehr schwach sein kann, aber nur so lange, als die wirthschaftlichen Interessen der letzteren nicht in Frage kommen. Deshalb kann es keine wahrhafte Sozialreform ohne oder im Gegensatz gegen die sozialistische Bewegung geben, besonders in einem Lande wie Deutschland, wo diese Bewegung durch eine wohlorganisirte und festgeschlossene Partei repräsentirt wird, die bewußt auf ihr Ziel losgeht und mit ebensoviel Umsicht wie Thakraft zu handeln versteht. **Statt dessen wird meine Partei noch immer als Feind betrachtet;** als ein Feind, gegen den man nicht mehr, es ist richtig, die von Bismarck angewendeten Mittel gebraucht, aber dessen Niederlage — um ein Wort des Ranzlers Caprivi zu gebrauchen — das treibende Motiv jedes Gesetzentwurfs, jeder vorgeschlagenen Maßregel ist. Welche Erfahrungen wird man machen müssen, um endlich zu begreifen, daß die alleinige Kampfweise gegen den Sozialismus die ist, seinen gerechten Forderungen nachzugeben, um zu begreifen, daß der Sozialismus, weit davon entfernt, eine Gefahr für die Zivilisation zu sein, vielmehr ein nothwendiges Werkzeug der Wiedergeburt der Menschheit ist?“*)

Das ging dann doch dem guten „Vorwärts“ über die Guttschnur und muthig hieb er nun auf Herrn v. Bollmar ein. Er schrieb:

„Dieser Schluß ist eine Elegie. In gefühlvollem Ton fordert Bollmar die Regierung auf, nicht länger die Exekutive der Bourgeoisie zu sein, bittet er den Klassenstaat aufzuhören, Klassenstaat zu sein. Mit Einem Federstrich wandelt er den Klassenkampf, den das Proletariat gegen die Besitzenden führt und kraft der geschichtlichen Entwicklung führen muß, in eine friedsam-idyllische Auseinandersetzung, bei der die Herrschenden nur ein klein wenig nachzugeben haben. Das große Drama des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse erscheint ihm als ein Idyll, in welchem zu guter Letzt Philemon Klassenstaat und Baucis Arbeiterklasse ein behagliches Stillleben führen. Mag das Erfurter Programm, mag die moderne

*) Siehe den „Vorwärts“ vom 21. Juli 1892.

Arbeiterbewegung, mag Theorie und Praxis auch dabei in die Brüche gehen, Bollmar macht den Gewalthabern sanfte Vorwürfe, daß sie uns für Feinde der heutigen Zustände, für ihre Gegner halten. Wir sind ihre Feinde, und darum ist es unsere Aufgabe, unser Recht, unser Stolz, gegen den Kapitalismus und seine politische Organisation so lange zu kämpfen, bis er fällt.

Was Bollmar am Schlusse sagt, ist nicht mehr Staatssozialismus. Es ist Regierungssozialismus.

Jedes Jahr in der politisch todtten Zeit ein Pronunziamento und ein Streithandel Bollmar's, jedes Jahr ein Schritt weiter nach rechts. Wo Bollmar heute steht, wissen wir. Wie weit er sich bis zum nächsten Sommer entwickelt haben wird, werden wir sehen.

Sollte er aber dann sagen, daß wir uns von ihm mehr und mehr entfernen, so falle er keiner Sinnesstauschung zum Opfer! Wir stehen, wo wir standen, er aber ist von uns fortgerückt.

Wohlant, will er nicht sitzen auf der Bank der revolutionären Sozialdemokratie, so ist dies seine ureigene Sache!

Für die deutsche Sozialdemokratie aber gilt des florentinischen Dichters Wort:

Und leben werd' ich, wie gelebt ich habe.“

„Sein werd' ich, was ich war,

So der „Vorwärts“.

Die Herren von Bollmar.

Der „Vorwärts“ wusch Herrn v. Bollmar gründlich den Kopf. Aber weshalb nur ihm? Er war doch einmal bei der Arbeit und hätte das Kopfwaschen nur ruhig fortsetzen können.

Namentlich in seiner nächsten Nähe trieben sich viele sozialdemokratische Struwelpeter umher, die einer Kopfwäsche gründlich bedurften. Da treffen wir zunächst auf den Redakteur des „Vorwärts“, auf Herrn Liebknecht.

Herr Liebknecht scheint einen sehr hohen Begriff von der sozialpolitischen Mission des Staates zu haben.

So sagte er z. B. bei Berathung der Bismarck'schen Unfallversicherung:

„Weil der Staat die große Mission hat, den Unterschied zwischen Arm und Reich auszugleichen, wollen wir die Staatsgewalt stärken.“

„Daß dieses Gesetz nur den Anfang einer weiteren Entwicklung bildet, liegt auf der Hand. Es ist nur die Spitze des Keiles, der in unsere soziale Gesetzgebung das dicke Ende kommt nach. . . . Die vollständige staatliche Regelung unserer industriellen Verhältnisse ist die nothwendige Konsequenz desselben (Hört! links) und bei der Ehrlichkeit des Reichskanzlers, für die uns seine Stellung bürgt, wird er diese Konsequenz ziehen müssen. Auf diesem Wege marschiren wir zusammen. . . .“

„Wenn wir hiernach das vorliegende Gesetz, soweit sein sozialistischer Kern reicht, zu unterstützen bereit sind, so bitte ich Sie, sich Ihrerseits hierdurch von der Annahme desselben nicht zurückschrecken zu lassen.“

„Ich bitte Sie, kämpfen Sie nicht so lange, bis der „arme Mann“ wirklich eine Leiche geworden ist!“

„Noch ist es möglich, die soziale Frage auf dem Wege der Reform zu lösen!“

„Das Prinzip des *laissez faire* führt zur Revolution!“

„Vor dem Nihilismus rettet nur der Sozialismus!“

„Ich bitte Sie, nehmen Sie dieses Gesetz mit unserem Amendement an. Die Sozialdemokratie werden Sie damit freilich nur stärken, indem Sie ihr ein Zeugniß für die Wahrheit ihrer Prinzipien ausstellen.“

„Die vornehmste staatsverhaltende Kraft ist der Sozialismus.“ (Zitat nach einem Flugblatt).

Aus derartigen Ideen über das Wesen des Staats erklären sich dann natürlich ohne Schwierigkeit alle jene Fehler, die von Seiten der Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes gemacht worden sind.

Gewiß, hat man sich derartige Vorstellungen über die große sozialreformatorische Mission des Staates wie Liebknecht gebildet, nun dann kann man auch ohne Kopferbrechen seine Zustimmung zu der staatlichen Subvention großer Dampfgesellschaften zugeben. Die Herren der Fraktion, welche ihre Zustimmung jenen Projekten der

Regierung gaben, wandelten nur konsequent die Bahnen weiter, welche Liebknecht beschritten hatte. Uebrigens stellen sich die Anschauungen Liebknechts nicht etwa als das Produkt irgend einer schwachen Stunde dar, nein, sie kehren verschiedentlich wieder und zwar kräftig und jugendfrisch, wie stets die Lieblingsvorstellungen Liebknecht's aufzutreten pflegen.

In der Reichstagsitzung vom 5. November 1889 nannte Liebknecht die Sozialdemokratie eine eminent staatsbildende Partei. „Die Sozialdemokraten und der Sozialismus“, so sagte er weiter, „allein sind im Stande, den heutigen Staat mit Lebenskraft und gesundem Lebensblut zu erfüllen.“ — „Der Staat ist bloß eine Form der Gesellschaft; um die Gestaltung des Staates handelt es sich jetzt; es handelt sich nach unserer Anschauung darum, den Staat zu sozialistren, der heute anarchifistisch ist. Sie alle vertheidigen den anarchifistischen Staat. Man kennt das Wort Napoleons: Europa wird kosakisch oder republikanisch werden. Der Gegensatz ist falsch, ist antiquirt; zwischen dem republikanisch und kosakisch liegt viel dazwischen. Die Zeit ist da, wo der andere Gegensatz in Kraft kommt, und es sich entscheiden muß, ob die Welt anarchifistisch oder sozialistfisch sein soll. Wir sind die Sozialisten, die den Staat retten wollen, indem wir ihn umgestalten, und Sie, welche die heutige anarchifistische Gesellschaft erhalten wollen. Sie stürzen den heutigen Staat mit der Taktik, welche Sie befolgen, in das Verderben.“*) —

An anderer Stelle sagt Liebknecht: „Sie haben die staatsbildende, die staatsgründende Kraft des Sozialismus nicht verstanden! Der heutige Staat kann sich nur dadurch verjüngen, daß er den Sozialismus auf dem Wege der Gesetzgebung einführt. . . . Die Sozialdemokratie ist gerade die Partei, auf welche der Staat, wenn Staatsmänner an der Regierung wären, in erster Linie sich stützen müßte zc. zc.**)

*) Und das wäre wohl sehr schrecklich für die Sozialdemokratie, Herr Liebknecht?!

**) Wir zitiren nach der Uebersicht über die Verhandlung des Reichstages nach der Berliner Volkstribüne“.

Aber nicht nur im Parlament, sondern auch außerhalb desselben, in öffentlichen Volksversammlungen, suchte Herr Liebknecht die Interessen der Arbeiter mit denen des Staates zu verquicken. In einer öffentlichen Volksversammlung sagte er 1888 in Würzen:*)

„In Amerika, das jetzt schon ein Arbeitsministerium hat, werden die Arbeiterorganisationen ebenfalls zur Gesetzgebung herangezogen. Das wäre auch in Deutschland nötig. Wir würden dann weiter kommen, wir würden nicht solche Fehlgeburten, wie das vorliegende Gesetz, haben, die ich aber mindestens zurückführen muß auf die totale Unkenntnis der Verhältnisse.“

Das Schicksal der Arbeitergesetze hängt unter allen Umständen von den Arbeitern ab. Eine gute Arbeitergesetzgebung liegt im Interesse der Arbeiter und des Staates. Und das Interesse der Arbeiter und des Staates erheischt es, daß von unten herauf durch möglichst rege Beteiligung der Arbeiter eine gute Arbeitergesetzgebung geschaffen werde.“ (pag. 31.)

Noch plastischer traten die staatssozialistischen, sozialreformatorischen Ansichten, die in den Köpfen vieler Sozialdemokraten rumorten, in dem „Norddeutschen Volksblatt“ hervor.

Das „Norddeutsche Volksblatt“, dessen eifrigster Mitarbeiter Herr Frohme war, brachte am 24. August 1888 einen sehr interessanten Artikel unter dem Titel: „Ein Nibelungenschatz der nächsten Zukunft.“

Der Verfasser des Artikels stellt zunächst ein Rechenexempel über die in die Alters- und Invalidenkassen fließenden Geldsummen auf. Uns interessiert dasselbe nicht weiter. Das eingezahlte Geld will der Verfasser dann zinstragend in sicheren Hypotheken angelegt wissen. „Und wie wird diese Riesensumme verwendet werden,“ so fährt er dann fort: „Wie wird sie wirken? Sie wird faktisch das Reich zum weitest ausgedehnten Hypothekengläubiger Deutschlands machen, wird durch Freimachung zahlreicher, heutzutage in

*) Siehe Liebknecht's Broschüre: Das Alters- und Invalidengesetz. Vortrag von Wilhelm Liebknecht in einer öffentlichen Volksversammlung zu Würzen 1888.

Hypotheken angelegter Kapitalien zunächst eine sanfte, langsam und still verlaufende Gründer-Aera hervorrufen und dann dauernd als stets sich mehrender „Reservefond“ der Alters- und Invaliden-Versorgung ein Machtmittel für die jeweilige Regierung darstellen, von dessen Großartigkeit wir heutzutage noch gar keine Ahnung haben.“ —

So, so, das scheint besonders tröstlich zu sein, wenn die jeweilige Regierung über möglichst große Machtmittel verfügt. Für die Stockblindheit des Verfassers ist es bezeichnend, daß ihn seine letzten Gedanken nicht selbst auf die gefährlichen Konsequenzen des Staatssozialismus aufmerksam gemacht haben. Doch weiter im Text.

„Aus dem Gläubigertum, dem Großgrundbesitz gegenüber, wird mit Naturnothwendigkeit zuletzt Eigentum, Reichseigentum, hervorgehen. Die faktische Verdrängung des Privateigentums von den großen Gütern durch das Reichseigentum, das ist die notwendigste Folge — natürlich nur dann, wenn auf der Bahn, welche der Entwurf andeutet, mit Konsequenz fortgefahren wird. Das Reich, als selbstbestellter und zwangsweiser Mandatar der deutschen Arbeiterschaft, kauft mit dem, was die Arbeiterschaft von ihrem Lohne herzugeben verpflichtet wird, im Wesentlichen den großen Grundbesitz privatrechtlich zusammen. Zu wessen Gunsten? Wie darf man zweifeln! Doch natürlich zu dessen Gunsten, der das Geld dazu hergeben muß, zu Gunsten des deutschen Volkes.“

„Ob man das eine „Sozialreform“ nennen soll, wollen wir nicht entscheiden. Um eine Sozial-Umwälzung handelt es sich dabei unbestreitbar — ob mit oder ohne Absicht derer, die diesen Entwurf ausgearbeitet haben, wissen wir nicht, und ist auch im Grunde eine Frage zweiten Ranges.“

Nun betraute man den heutigen Staat mit der Rolle eines „zwangsweisen Mandatars der deutschen Arbeiterschaft“, gut, so konnte man ja mit aller Ruhe in die Zukunft blicken. War es doch immerhin denkbar, daß sich dann die heutigen sozialen Gegensätze im Laufe der Zeit in Wohlgefallen auflösen —?

Konnte doch die konservative Macht eine äußerst friedliche Ehe mit der Sozialdemokratie eingehen.

Und in der That schwebten ähnliche Gedanken dem „Norddeutschen Volksblatt“ vor. Diese Zeitung schrieb am 4. Januar 1890 einen Artikel über: „Das Absterben des Liberalismus“, der folgenden Gedankengang hatte:

Mehr und mehr beherrschen zwei Strömungen die politische Welt; eine rechts-konservative und eine links-sozialistische. Der Liberalismus wird vollkommen von der konservativen Partei aufgesogen, und das Proletariat wendet sich der Sozialdemokratie zu. „Ist es nun nöthig,“ so fragt der Verfasser, „daß der Gegensatz zwischen diesen beiden allein übrig bleibenden Parteien durch eine brutale Kraftprobe gelöst werde?“

„Nöthig gewiß nicht! Menschen sind ja doch eben dadurch keine Thiere, daß sie die Fähigkeit besitzen, ihre individuellen Triebe und Wünsche höheren Gesichtspunkten unterzuordnen, sittliche Ideen — Gerechtigkeit, Bruderliebe und Kulturförderung — herrschen zu lassen über den animalischen Instinkt, über den scharfen Kitzel des Bewußtseins, ungestraft Unrecht zu thun und Gewalt ausüben zu können. Deutschland nennt sich das Land des Idealismus, sollte in Deutschland nicht eine Lösung des großen Konfliktes auf eine diesem Ruhme angemessene Weise möglich sein? Nicht nur der blutige Konflikt wird uns von der Natur als Ausgleich zweier polarer Gegensätze gezeigt — neben ihm steht auch, als anderer schöner Ausgleich solcher Gegensätze, die Männe. Vielleicht endet unser großer innerer Gegensatz schließlich auch mit einem allversöhnenden Minnebunde — selbstverständlich bevor die ekelhafte, träge Masse Unrath, welche noch im Wege liegt, durch Sturm und Regen der Weltgeschichte weggespült und weggeschwemmt worden ist — der Liberalismus jeder Schattirung. Ist von dem erst einmal die Bahn frei geworden, so kommt vielleicht eine Ehe zu Stande, bei welcher der sozialdemokratische Gedanke als Bräutigam fungirt und die konservative Macht als Braut.“ —

Ein wundervolles Idyll! Ueber die Bolterabendscherben des Liberalismus klettert das edle Brautpaar dann lustig und heiterer Dinge hinweg. Das gnädige Fräulein konservative Macht heirathet den Bürger Sozialdemokrat und die bürgerliche Gesellschaft löst sich in Gemüthlichkeit auf.

Aus dem edlen Minnebunde erstehen dann natürlich Kinder, die mit den Muttermahlen der Staatsmacht gründlich behaftet sind.

Uebrigens alte Liebe rostet nicht. So scheinen die dem Herrn Frohme nahestehenden Kreise ihre alte lassalleonische Liebe für den Staatssozialismus nicht vergessen zu haben. Das „Hamburger Echo“ schrieb im November 1890:

„Wir erklären dem Herrn Reichskanzler weiter rund heraus: daß wir ihm die Verächtigung absprechen, die Sozialdemokratie als eine den Staat bedrohende Partei zu bezeichnen. Was wir bekämpfen, das ist nicht der Staat, sondern staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen, die mit dem wahren Begriff des Staates und der Gesellschaft mit deren Aufgaben nicht zu vereinbaren sind. Gerade wir, die Sozialdemokraten, wollen den Staat in seiner ganzen Hoheit und Reinheit erst herausbilden. Das haben wir länger als ein Vierteljahrhundert hindurch unausgesetzt in so unzweideutiger Weise dargelegt, daß füglich auch der Herr Reichskanzler von Caprivi es wissen könnte. Nur da, wo die wahre Staatsidee herrscht, ist auch die wahre Liebe zum Staat. (Zitirt nach der „Freiheit“.)

Der Staatssozialismus und die staatliche Sozialreform hatte fürwahr großes Unheil in den Köpfen der Sozialdemokraten angerichtet. Ueberall merkte man den Einfluß der staatssozialistischen sozialreformatorischen Ideen in dem Reichstage, in der Volksversammlung, in der Presse, kurz an allen Ecken und Enden. Namentlich spukten diese Ideen in den Wahlflugblättern der Sozialdemokratie. Wir führen hier einige charakteristische Beispiele an. Im Wanzlebener Wahlkreise wurde eine bekannte Magdeburger Lokalgröße, §.....n, für die Reichstagswahlen aufgestellt. Zu Gunsten der Kandidatur dieses Mannes gaben die Sozialdemokraten, wie üblich, ein Flugblatt heraus. In demselben wird §.....n den Wählern „als langjähriger Kämpfer für die Rechte und Freiheiten des werththätigen arbeitenden Volkes“ vorgestellt; „nur das Geschrei von der Umsturzpartei“, so heißt es in dem Flugblatt, „könnte es Manchem bedenklich erscheinen lassen, am 28. Oktober seine Stimme für diesen Mann abzugeben.“ —

„Wie sollte der §.....n ein Umstürzler sein, wenn

selbst der Kanzler des deutschen Reiches, Fürst Bismarck, Versuche mit dem Programm der Sozialisten anstellt?

Wenn selbst unser deutscher Kaiser in seinem Erlass — den sozialistischen Grundgedanken seinem Volke kundgibt, daß dem wirtschaftlich Schwachen Schutz gewährt werden müsse, also Schutz der Armuth gegen die Macht des ausbeutenden Großkapitals.

Wenn nun **H. dasselbe will**, — wenn auch in freierer Weise — was als wünschenswerthes Heilmittel gegen das Uebel der herrschenden Kapitalmacht und der Großproduktion von dem Reichskanzler Fürsten Bismarck empfohlen wird, dann kann derselbe doch unmöglich „Umstürzler“ sein. Und darum empfehlen wir Euch den **H. n.**“

Nimmt es bei einem derartigen Flugblatt Wunder, daß nachher ein Sozialdemokrat noch weiter ging und feierlich vor Gericht versicherte, er stehe auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft. Dies that der Abgeordnete August Heine. Er erklärte im Magdeburger Geheimbundsprozesse 1887, daß er auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft stände. Zahlreiche Magdeburger Sozialdemokraten hatten diesen Anspruch gehört, zwei Magdeburger Zeitungen hatten ihn gebracht, und trotzdem bestritt Heine später mit dreifester Stirn diese Aeußerung. Herr Heine hatte aber selbst den Bericht der „Magdeburger Zeitung“ gelesen und einige Stellen derselben berichtigt. Dabei ließ er die Stelle, die seine Aeußerung über die kaiserliche Botschaft enthielt, vollkommen unverändert, erkannte also damit selbst an, daß er sie gebraucht habe.

Trotzdem leugnete Heine diesen Anspruch, er leugnete ihn selbst noch auf dem Erfurter Kongresse in Gegenwart von Männern, die in jenem Geheimbundsprozesse selber zu langen Gefängnißstrafen verurtheilt waren.

Daraufhin befragte der Delegirte Max Baetge, der in jenem Prozesse verurtheilt worden war, noch einmal seine Mitangeklagten über diese Heine'sche Aeußerung und erhielt folgende Antwort:

„Magdeburg, 17. Oktober 1891.“

Erklärung.

Auf Anfrage des Genossen Max Baetge erklären wir Unterzeichnete:

Es ist wahre und unumstößliche Thatsache, daß Herr August Heine-Halberstadt in der Gerichtsverhandlung am 16. und 17. Mai 1887 (Geheimbund) erklärt hat, „er stehe auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft.“ Diese unsere Erklärung darf jedoch nicht dahin aufgefaßt werden, als wollten wir aus diesem Heine'schen Fall den übrigen Fraktions-Mitgliedern oder der Leitung einen Vorwurf machen.

Karl Lantau, Franz Königstedt, Julius Bremer, Julius Berger, Johann Kräber, Karl Deblow, Robert Schulz, Karl Schoch, August Fabian, Eduard Thiering, Oskar Mitschke, Robert Deblow, August Schlütke, Richard Mitschke.“

Herr Heine leistete sich übrigens das Menschenmögliche in der Verherrlichung der Sozialreform auf Kosten des revolutionären Prinzips.

Herr Heine ließ sich als Kandidat für den deutschen Reichstag aufstellen und versprach nun — als Vertreter der revolutionären Sozialdemokratie — „Schritt für Schritt auf gesetzlichem Wege danach zu streben, daß die materielle Hebung und die Wohlfahrt des deutschen Volkes herbeigeführt und dadurch die Noth und das Elend der ärmeren Klassen beseitigt werde zum Wohle und Heile des gesammten deutschen Reiches. Denn dessen freiheitliche Entwicklung und Machtentfaltung kann ja nur dadurch eine gedeihliche werden, daß dem Volke sein freies, ungeschmäleretes staatsbürgerliches Recht garantirt wird und soziale Reformen in dem Sinne eingeführt werden, daß auf der einen Seite dem übergroßen Luxus und der Anhäufung des Kapitals in wenigen Händen gesteuert werde, welches nothwendig die Verarmung der großen Massen des Volkes im Gefolge hat, und daß auf der andern Seite die bestehende Noth und die furchtbare Verarmung beseitigt werde, damit sich Jeder heimisch fühle im deutschen Vaterlande!“

Bei der Wahl 1887 empfahl sich Heine seinen Wählern als „einziger“ der Magdeburger Kandidaten „welcher die berechtigten Forderungen auch des selbständigen Handwerkerstandes und Geschäftsstandes rücksichtslos vertritt.“ „Wie sollte es auch anders sein,“ so heißt es in jenem Flugblatt, „da er selbst diesem Stande angehört. . . .?“

Noch bei der letzten Wahl 1890 ließ sich Heine in Calbe-Alscherleben auf Grund eines Flugblattes wählen, das folgende Sätze enthält:

„Der Arbeiterstand versklavt, der Geschäftsstand wird ruiniert, weil der Arbeiterstand nichts kaufen kann, der kleine Landwirth wird aufgesogen, weil er mit seiner hohen Pacht nicht mit kann. Täglich werden größere Lasten auf den Mittelstand und den Arbeiter gewälzt. Sollen diese Zustände trotz der kaiserlichen Erlasse ewig so bleiben? Nimmermehr. Die Erlasse des Kaisers müssen zur vollen Durchführung gelangen, wer das anstrebt, wähle unsern Kandidaten . . .“

Hier werden die kaiserlichen Erlasse als Reformakte hingestellt, welche dem „Arbeiterstand“, dem „kleinen Landwirth“, dem „Geschäftsstand“ wieder aufhelfen könnten. Wird doch im Flugblatt gefragt, ob diese Zustände „trotz der kaiserlichen Erlasse“ ewig so bleiben sollten.

Man denke, ein „zielbewußter Sozialdemokrat“ macht sich anheischig, für die volle Durchführung der kaiserlichen Erlasse einzutreten, um die Lage der kleinen Landwirths und Geschäftsleute zu verbessern. Kleine Landwirths, Geschäftsleute, Arbeiter läßt Heine in süßester Harmonie zusammenmarschiren, gleichsam, als hätten sie nur ein einziges soziales Interesse. Nach der Ansicht Heines wird jedenfalls nach der vollen Durchführung der kaiserlichen Erlasse der Arbeiter mehr kaufen können, und dann wird der „Geschäftsstand“ vor dem Ruine bewahrt werden. Oder was hat der Passus von dem Ruine des Geschäftsstandes, von dem der „versklavte“ Arbeiterstand nichts mehr kaufen kann, sonst für einen Sinn? Und weil so die traurigen Zustände der Arbeiterklasse und des Mittelstandes durch die kaiserlichen Erlasse verbessert werden, deshalb müssen, wie das Flugblatt sagt, „die Erlasse zur vollen Durchführung gelangen.“

Das Flugblatt fährt dann ferner fort: „Unsere Ziele sind freilich weit gesteckt, aber wir wissen auch allein, daß wir nur langsam zum Ziele kommen werden“, „wir müssen ausharren und kämpfen“. — „Verminderung der Arbeitszeit (nicht plöblich, sondern allmählich) — Vermehrung des Lohnes (nicht plöblich, sondern allmählich) bis wir alle Arbeiter frei und glücklich gemacht, das ist unser Ziel.“

ein edles Ziel, des Ringens werth — mit Freuden setzen wir wie bisher Gut und Freiheit dafür ein.“

Die langsame Krähwinkler Landwehr selbst könnte man durch ein derartiges Flugblatt zur Sozialdemokratie bekehren. Sollte Heine dies vielleicht beabsichtigen, nun dann wird er seinen Zweck „allmählig“ auch wohl erreichen.

Mit Herrn Gutmacher Heine sind wir jetzt fertig. Was ist nun die Moral von der Geschichte?

Mit der Variation eines bekannten Uhland'schen Verses sagen wir:

„Die Geschichte ist Abgeordn'ten zur Lehr' gemacht,
„Daß sie feyn geben auf ihre Reden Aecht.
Und nicht alle Gesellschaftsklassen
„Unter einem Hut zusammensaffen.“

Ja wohl, bringt man unterschiedslos alle Gesellschaftsklassen unter einen Hut, so dürfte der breitkrempige sozialdemokratische Parteihut mit all den hineingeklebten Volksmännern eines Tages elend auseinander gehen.

In dem letzten Flugblatt Heine's wird übrigens der Anschein erweckt, als könnte die Sozialdemokratie durch allmähliche Verminderung der Arbeitszeit und allmähliche Erhöhung des Lohnes ihr Ziel erreichen.

Auf dem Boden der staatlichen Sozialreform wächst die Sozialdemokratie gleichsam in den „Zukunftsstaat“ hinein.

Die Arbeitszeit wird so lange abgekürzt und der Lohn so lange erhöht, bis „alle Arbeiter frei und glücklich“ gemacht sind. Ähnliche Gedanken von einer allmählichen friedlichen Ueberführung der kapitalistischen Wirthschaftsweise in die sozialistische vermittelt der Sozialreform äußerten sozialdemokratische Führer mehrfach. Wir wollen hier nur an einen Ausspruch Singer's im Münchener Geheimbundsprozesse erinnern. Herr Singer erklärt da unter Anderem:*)

„Was die Frage nach dem „Umsturz der Gesellschaftsordnung“ anlangt, so habe ich als Mitglied der Partei das Recht zu verlangen, daß ihre Bestrebungen nach dem beurtheilt werden, was in der Litteratur, in ihrem Programm und in der Thätigkeit ihrer Vertreter zu Tage tritt. Die

*) Siehe die vielverbreitete Flugschrift: „Der erste Nichtgentleman auf dem Zeugenstande.“

Arbeiterschutzgesetzgebung zeigt, auf welche Weise wir glauben, die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse zu vertreten. Es ist kein Zweifel, daß wir eine Umformung der heutigen Gesellschaft anstreben, als wir die Umwandlung des privatkapitalistischen Produktionssystems in ein gesellschaftliches verlangen. Das Mittel zu diesem Zweck ist gegeben in der erwähnten Sozialreform, von der wir glauben, daß sie junter der Voraussetzung guten Willens auch durch die heutige Gesellschaft und auf gesetzlichem Boden möglich ist. . . (pag. 38.)

Diese Perlen aus den Reden, den Zeitungen, den Flugblättern der deutschen Sozialdemokratie mögen wohl genügen, um die starke staatssozialistische und staatsreformatorische Strömung zu kennzeichnen, die sich in den leitenden Kreisen der Sozialdemokratie vielfach bemerkbar machte.

Sie zeigen zugleich, mit welch' tüchtigem Wasserzusatz die Führer verschiedentlich die sozialdemokratischen Prinzipien verdünnen. Häufig glich ihr Sozialismus nur noch einem leicht blauröth gefärbtem Spülwasser. Gewiß, Wasser war nun in Hülle und Fülle da, man konnte damit ganze Landstriche besprengen. Aber Wasser nur, eitel Wasser!

Fort mit dem Staatssozialismus!

In der heutigen Sozialdemokratie „keimt und blüht“ also — und wahrlich nicht „zum Völkerglück“ — der Staatssozialismus.

Im verflossenen Jahre erst, auf dem Parteitage zu Erfurt, entsprang eine neue schöne staatssozialistische Blüthe:

Es beantragten süddeutsche Sozialdemokraten die Verstaatlichung des Getreidehandels. Anstatt nun durch diese letzte Erfahrung gewarnt, mit großen Lettern eine energische Erklärung gegen den Staatssozialismus zu bringen, strichen gerade die Sozialdemokraten aus ihrem Erfurter Programm

jenen Passus des Entwurfes, der sich energisch gegen den Staatssozialismus lehrt. Dieser Passus lautete:

„Die sozialdemokratische Partei hat Nichts gemein mit dem sogenannten Staatssozialismus, dem System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, das den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt.“

Nun, wohlan, Ihr Sozialdemokraten, wenn Ihr es ehrlich mit Eurem Kampfe gegen den Staatssozialismus meint, so nehmt jenen Passus in Euer Programm wieder auf; aber veräußert dann auch nicht Eure vielgepriesene Verstaatlichung des Arzneiwesens aus dem Programme mit dicken Tintenstrichen auszustreichen. Vor allen Dingen keine Halbheiten, meine Herren!

Der Staatssozialismus ist wie der Teufel; reicht Ihr ihm einen Finger, so nimmt er sofort die ganze Hand und dann den ganzen Mann.

Daher negirt den „Staatssozialismus“ im Prinzip! Treibt aus Euren Köpfen die letzte Spur eines staatssozialistischen Gedankens und entfernt aus Euren Schriften das letzte staatssozialistische Bändchen über dem t.!

Anmerkung: Zu unseren Zitaten haben wir Folgendes zu bemerken: Das Zitat aus der „Berliner Volkstribüne“ stimmt wörtlich mit dem amtlichen Reichstagsstenogramme überein. Das angeführte Flugblatt bringt die Liebknecht'sche Rede in freier, aber sinngemäßer Weise zum Abdruck. Wir führen aus dem Stenogramm folgende Stelle an: „Wir glauben, daß der Staat, von dessen Zweck und Bestimmung wir die höchste Vorstellung haben, die Kultur Aufgabe hat, den Gegensatz von arm und reich aufzuheben, und weil wir dem Staat diese Mission zuerkennen, darum treten wir im Prinzip für dieses Gesetz ein. Indem der Staat die Versicherung gegen Unfälle in die Hand nimmt, bringt er sich in die Lage, auch die Kontrolle über die Industrie in die Hand zu nehmen. Das ist absolut notwendig. Wollte Fürst Bismarck nicht diese Konsequenzen, so wäre das Gesetz eine elende Farce. . . . und das können wir dem Fürsten Bismarck doch nicht zutrauen. . . . Vor dem Nihilismus rettet Sie bloß der Sozialismus. . . . Das Laisser aller . . . das Geheiß führt uns zur Revolution. . . . Wenn man sich aber nicht auf den Boden des Sozialismus stellt, wäre es sehr leicht möglich, daß der arme Mann, ehe man so weit ist, wirklich eine

Reiche ist. Es ist nötig, daß für den „armen“ Mann auch gesorgt wird, so lange er lebt. . . . Der Sozialdemokratie freilich haben Sie damit nicht den Boden entzogen, sondern einen Dienst geleistet, denn dieses Gesetz ist ein Zeugniß für die Wahrheit des sozialistischen Gedankens.“ — Der Satz: Die vornehmste, staatszerhaltende Kraft ist der Sozialismus befindet sich in dieser Fassung in der Liebknecht'schen Rede nicht. Er kommt aber in der andern zitierten Rede Liebknecht's vor: „Die Sozialdemokraten und der Sozialismus allein sind im Stande, den heutigen Staat mit Lebenskraft und gesundem Lebensblut zu erfüllen.“
